



Alternative
für
Deutschland

FRAKTION IM DEUTSCHEN BUNDESTAG

FRAKTION KOMPAKT

Das Magazin der AfD-Bundestagsfraktion

Dezember - 2023

Ausgabe 8

Alternative zur Ampel

Die AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag
setzt der desolaten Politik von SPD, Grünen
und FDP seriöse Konzepte entgegen



Bildquelle: stock.adobe.com / Artur Badziura/Wirestock



Auch als digitale Version:

www.afdbundestag.de/fraktionkompakt/

INHALT



WIDER DIE IMPORTIERTE GEWALT



WOHLSTAND STATT ARMUT FÜR ALLE

3 VORWORT

4 WIR HABEN DIE KONZEPTE FÜR EINEN WEG AUS DER KRISE

Die AfD-Bundestagsfraktion erweist sich zur Halbzeit der Legislaturperiode als Stabilitätsanker

8 FRAKTION WÄHLT NEUEN VORSTAND

Zur Halbzeit der Wahlperiode hat die AfD-Bundestagsfraktion ihren Vorstand turnusgemäß neu bestimmt

9 DEUTSCHLAND AUS DER KRISE FÜHREN

Die Bundestagsfraktion hat ein zehn Punkte umfassendes Sofortprogramm für eine AfD-geführte Bundesregierung vorgelegt

12 LÄNGST ÜBERFÄLLIGE AUFKLÄRUNG

Am 11. und 12. November 2023 fand im Deutschen Bundestag das zweite Corona-Symposium der AfD-Fraktion statt

14 WIDER DIE IMPORTIERTE GEWALT

Die Zunahme gewalttätiger Übergriffe im öffentlichen Raum zeigt, dass eine Wende in der Migrationspolitik zwingend notwendig ist

18 SCHWERWIEGENDE FOLGEN FÜR DIE NATUR

Die AfD-Fraktion fordert angesichts der negativen Auswirkungen auf Vögel und Insekten ein Ende der Energiewende

20 WOHLSTAND STATT ARMUT FÜR ALLE

Angesichts der von der Ampel verschuldeten Insolvenz- und Pleitewelle zeigt die AfD-Fraktion einen möglichen Ausweg auf

22 FÜR EINE MITTELEUROPÄISCHE ZUKUNFT

Die AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag will die Partnerschaft zwischen Deutschland und den Staaten der Visegrád-Gruppe intensivieren

24 NEUSTART STATT PERMANENTE NOTLAGE

Dem Ampelchaos in der Haushaltspolitik setzt die AfD-Fraktion die Rückkehr zu einer verfassungskonformen Finanzpolitik entgegen

26 OPPOSITION IN ZAHLEN

Statistik der parlamentarischen Initiativen der AfD-Fraktion seit Beginn der Legislaturperiode

JETZT ABONNIEREN!

Sie können das Magazin der AfD-Bundestagsfraktion **kostenfrei abonnieren**.

Sie erhalten dann jede neue Ausgabe von **Fraktion Kompakt** bequem per Post in einem **neutralen Umschlag**.





Der Ampel auf die Finger schauen

Die seit Ende 2021 laufende 20. Legislaturperiode des Deutschen Bundestages ist nur zur Hälfte vorbei; die vergangenen zwei Jahre seit der Bundestagswahl haben der Ampelkoalition jedoch bereits gereicht, um unser Land in eine schwere Krise zu stürzen. Noch niemals zuvor in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland hat eine Bundesregierung in so kurzer Zeit solche Verheerungen angerichtet wie das sich selbst als »Fortschrittskoalition« bezeichnende Bündnis aus SPD, Grünen und FDP.

Angesichts des tagtäglich deutlicher werdenden Scheiterns der Bundesregierung auf fast allen Ebenen ist eine starke Opposition wichtiger denn je: Sie muss die Regierung kontrollieren und ihr auf die Finger schauen – sie muss aber auch darlegen können, dass sie jederzeit in der Lage wäre, die aktuelle Regierung abzulösen.

Die AfD-Fraktion stellt sich dieser Verantwortung. Wir haben ein Sofortprogramm für eine AfD-geführte Bundesregierung erarbeitet, das klar aufzeigt, dass die AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag zu allen drängenden Problemen in unserem Land einen alternativen Entwurf zur Politik der Ampelparteien bietet – sei es in der Migrationsfrage, der inneren Sicherheit, der Energiepolitik oder bei der Aufstellung eines soliden verfassungskonformen Haushalts. Ab Seite 9 in dieser Ausgabe von Fraktion Kompakt können Sie sich selbst ein Bild von unseren Vorschlägen machen.

Wir werden uns nicht damit abfinden, dass Deutschland von einer Krise in die nächste taumelt und in zentralen Bereichen den Anschluss zu wichtigen Technologien verliert. Daher werden wir uns auch in der verbleibenden Zeit der Legislaturperiode mit ganzer Kraft für unser Land einsetzen. Darauf können Sie sich verlassen.

Dr. Alice Weidel MdB
Fraktionsvorsitzende

Tino Chrupalla MdB
Fraktionsvorsitzender

Wir haben die Konzepte für einen Weg aus der Krise

Die AfD-Bundestagsfraktion erweist sich zur Halbzeit der Legislaturperiode als Stabilitätsanker

Die Ampelkoalition hat gerade erst die Hälfte der laufenden Legislaturperiode hinter sich gebracht; was ihre Bilanzen angeht, schreibt sie aber schon jetzt rote Zahlen. Die Beratungen über den Bundeshaushalt für das kommende Jahr 2024 standen im Schatten eines Urteils des Bundesverfassungsgerichts, das weite Teile der bisherigen Haushaltsplanung der Bundesregierung für schlicht verfassungswidrig erklärt hat – ein vernichtendes Urteil, das in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland seinesgleichen sucht.

Die AfD-Fraktion wies schon frühzeitig auf die zahlreichen haushalterischen Probleme hin. Allen voran der Buchungstrick der Bundesregierung, nicht in Anspruch genommene »Corona«-Kredite für »Klimaschutz«-Maßnahmen umzuwidmen und nachträglich in ein anderes Haushaltsjahr zu verschieben, verstößt gleich gegen mehrere verfassungsrechtliche Haushaltsgrundsätze. Nun hat auch das Bundesverfassungsgericht unsere Be-

anstandungen, die wir bereits im Januar 2022 in einem von den übrigen Fraktionen abgelehnten Antrag (Drucksache 20/2064) vorgetragen hatten, eindrucksvoll bestätigt.

Die aktuelle Haushaltskrise macht es einmal mehr deutlich: Insbesondere dann, wenn eine Regierung wiederholt und wissentlich gegen Buchstaben und Geist der Verfassung verstößt, stur und uneinsichtig die falschen Prioritäten setzt und damit das Gemeinwesen und die Staatsfinanzen gefährdet, bedarf es einer wachsamem und schlagkräftigen Opposition, die Missstände beharrlich aufdeckt, Rechtsbrüche anprangert und Alternativen zu einer allem Anschein nach irrationalen und ideologisch geprägten Politik anbietet.

Wiedereinstieg in die Kernkraft

Die AfD-Bundestagsfraktion ist dieser Verpflichtung in der ersten Hälfte der Legislaturperiode

nachgekommen: Mit begründeten Argumenten und Anträgen haben wir uns unter anderem gegen die Abschaltung der letzten Kernkraftwerke ausgesprochen (Drucksache 20/9155).

Der Ausstieg aus der Kernkraft und die sogenannte »Energiewende« haben in Deutschland die Strompreise in die Höhe schnellen lassen und unsere sichere Energieversorgung aufs Spiel gesetzt. Die von der Ampelregierung getroffenen Maßnahmen bringen die Fundamente des Wohlstands in unserem Land ins Wanken und treiben die produktive Industrie in die Abwanderung. Die AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag tritt deshalb – im Gegensatz zur Union und FDP, die in der Vergangenheit trotz aller Lippenbekenntnisse wiederholt gegen die Wiederinbetriebnahme der Kernkraftwerke stimmten und damit grüne Lobbyinteressen über den Willen der Mehrheit im Land stellen – energisch für den Wiedereinstieg in die Kernenergie ein.

Unsere zahlreichen Aktionspläne und Sofortprogramme zeigen, wie Bürger, Mittelstand und Mittelschicht vor den verheerenden Auswirkungen der Inflation und vor hohen Energiepreisen geschützt werden können. Zudem stellen wir uns gegen die Subventionierung der Landschaftszerstörung durch Windindustrie- und Solaranlagen. Wir entwickeln alternative Konzepte und fordern mit unseren Anträgen und Gesetzentwürfen einen energiepolitischen Neuanfang.

Mit hartnäckigen Anfragen und Anträgen zum Wohle Deutschlands

Der zweite große Schwerpunkt der Arbeit unserer Fraktion ist die entschlossene Gegenposition zur Politik der Massenmigration, die die Ampelkoalition von der unionsgeführten Vorgängerregierung übernommen und ihrerseits auf die Spitze getrieben hat. Die regellose und unkontrollierte Migration bringt unsere Bürger um Sicherheit, Wohlstand



Bildquelle: stock.adobe.com / Test

Stillgelegtes Kernkraftwerk Grafenrheinfeld: Der Wiedereinstieg in die Kernenergie ist dringend notwendig

und ihr Heimatgefühl, sie treibt Bürgermeister und Landräte in die Verzweiflung, sprengt die Sozialkassen und strapaziert die Staatsfinanzen auf allen Ebenen – von den Kommunen über die Länderetats bis hin zum Bundeshaushalt.

Mit hartnäckigen Anfragen und Anträgen decken Abgeordnete der AfD-Bundestagsfraktion die wahren Dimensionen des Asylmissbrauchs und der von fehlgeleiteter Politik ermunterten Migration in die Sozialsysteme auf. Wir haben klar aufgezeigt, wie Bürgergeld, Aufenthaltserleichterungen und eine »Staatsbürgerschaft für jedermann« als Migrationsmagneten wirken (Drucksache 20/5995). Zudem haben wir konkrete Vorschläge vorgelegt, wie die Migrationskrise durch Schließung der Grenzen, konsequente Zurückweisungen und Abschiebungen sowie durch den Abbau von Migra-

tationsanreizen – beispielsweise durch die Ersetzung von Geldzahlungen an Asylbewerber durch Sachleistungen – bewältigt werden könnte. Auch hier war die AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag mit ihren Standpunkten der oftmals tabubeladenen öffentlichen Debatte weit voraus; was derzeit noch zaghaft im etablierten Diskurs und im medialen Mainstream ankommt, haben wir schon lange zuvor auf die politische Tagesordnung gesetzt.

Die AfD-Bundestagsfraktion kann sich zugutehalten, dass sie ihre Versprechen gegenüber den Bürgern einlöst und ihren Positionen treu bleibt: So hat die AfD-Fraktion als einzige Fraktion ein dringendes Anliegen vieler Bürger aufgegriffen und die Aufarbeitung der Corona-Maßnahmenpolitik mit parlamentarischen Initiativen und einem wissenschaftlichen Symposium, das auf Vorträge namhafter Fachleute auf diesem Gebiet gestützt wurde, in Angriff genommen (siehe Bericht auf den Seiten 12 und 13). Prinzipientreue zahlt sich langfristig aus. Nach zahllosen Waffenlieferungen, Milliarden-transfers und zehntausenden weiteren Toten auf den Schlachtfeldern der Ukraine reift mehr und mehr die Erkenntnis, zu der die AfD-Fraktion bereits zu Beginn der Auseinandersetzungen gelangt war: Eine Lösung dieses Konflikts kann nicht auf dem Schlachtfeld, sondern nur am Verhandlungstisch erzielt werden – und diese ist dringend gebo-



Bildquelle: stock.adobe.com / Ajfin Kamber

Migranten auf dem Marsch: Die unkontrollierte Einwanderung sprengt die Sozialkassen

ten, damit der Ukraine-Krieg nicht zu einem dritten Weltkrieg eskaliert.

Deutschland braucht Frieden, einen sicheren Handel und eine Versorgung mit günstiger Energie, die ohne Erdgas – auch aus Russland – nicht gewährleistet werden kann. Auch in dieser Frage ist die AfD-Fraktion die einzige Fraktion im Deutschen Bundestag, die eine Aufklärung der Hintergründe des Anschlags auf die Ostsee-Erdgasleitung »Nord Stream« verlangt und die Wiederherstellung dieser vitalen Infrastruktur fordert.

Deutschland kann nicht die ganze Welt retten

Die explosive Weltlage erinnert uns täglich daran: Deutschland kann mit seinen begrenzten Ressourcen nicht die ganze Welt retten; es muss eine interessengeleitete Außenpolitik betreiben und hierfür der Wiederherstellung der Einsatz- und Verteidigungsfähigkeit seiner eigenen Armee zur Landesverteidigung Vorrang geben.

Nur mit Vernunft, Besonnenheit und den richtigen Prioritäten kann die Haushalts- und Regierungskrise überwunden werden. Die Ampelkoalition hat Deutschland an den Rand des Staatsbankrotts geführt. Dabei hat der deutsche Staat – entgegen allen Beteuerungen der Regierung – kein Einnahmen-, sondern ein Ausgabenproblem: Die Summen, die der Fiskus dem Steuerzahler abverlangt, sind in den letzten anderthalb Jahrzehnten um 70 Prozent gestiegen und kratzen inzwischen an der Billionenmarke.

Neue Schulden und Steuern wären der sichere Weg in den Finanzkollaps. Um Deutschland wieder aus der multiplen Krise zu führen, müssen die über- teuerten Ideologieprojekte Energie- und Mobilitätswende, Kernkraftausstieg, Heizungsdiktat und »klimaneutrale Transformation« beendet, die Massenmigration unterbunden und sozialstaatliche Migrationsmagnete abgestellt werden. Statt milliardenschwere Subventionen in alle Welt zu verteilen, müssen die zahllosen Baustellen im eigenen Land angegangen sowie Bürger und Gewerbetreibende entlastet werden.

Die AfD-Bundestagsfraktion hat hierfür die passenden Konzepte erarbeitet (siehe Zehn-Punkte-Sofortprogramm ab Seite 9) – und sie ist bereit, Verantwortung für das Wohl unseres Landes zu übernehmen.



Zerstörte Nord-Stream-Trasse (Symbolbild): Die Hintergründe der Sprengung müssen aufgeklärt werden

Entwurf eines Gesetzes zur Behebung von Fehlanreizen im Asylverfahren und zur klaren Trennung von Asyl- und Erwerbsmigration

Drucksache 20/5995

<https://dserver.bundestag.de/btd/20/059/2005995.pdf>



Entwurf eines Gesetzes über die Feststellung des Bundeshaushaltsplans für das Haushaltsjahr 2022

Drucksache 20/2064

<https://dserver.bundestag.de/btd/20/020/2002064.pdf>



Für die Wiederherstellung einer kostengünstigen, sicheren und souveränen Energieversorgung – Betriebsfähige Kernkraftwerke reaktivieren und Kernenergie konsequent ausbauen

Drucksache 20/9155

<https://dserver.bundestag.de/btd/20/091/2009155.pdf>



Fraktion wählt neuen Vorstand

Zur Halbzeit der Wahlperiode hat die AfD-Bundestagsfraktion ihren Vorstand turnusgemäß neu bestimmt



Von links nach rechts: Stephan Bradner, Dr. Bernd Baumann, Jörn König, Tino Chrupalla, Sebastian Münzenmaier, Dr. Alice Weidel, Stefan Keuter, Beatrix von Storch, Dr. Götz Frömking und Enrico Komning
(In der Aufstellung fehlt der Ehrenvorsitzende Dr. Alexander Gauland.)

Fraktionsvorsitzende:

Dr. Alice Weidel und Tino Chrupalla

Stellvertretende Fraktionsvorsitzende:

Sebastian Münzenmaier, Beatrix von Storch, Stefan Keuter und Jörn König

Erster Parlamentarischer Geschäftsführer:

Dr. Bernd Baumann

Parlamentarische Geschäftsführer:

Stephan Brandner, Dr. Götz Frömking und Enrico Komning



Deutschland aus der Krise führen

Die Bundestagsfraktion hat ein zehn Punkte umfassendes Sofortprogramm für eine AfD-geführte Bundesregierung vorgelegt

Immer mehr Bürger erkennen, dass die Ampelkoalition unser Land in den Ruin treibt. Um Deutschland aus der Krise zu führen, werden wir in Regierungsverantwortung die folgenden Maßnahmen zügig umsetzen.



Deindustrialisierung Deutschlands stoppen

Wir werden

- unser Land aus der Rezession holen und die Deindustrialisierung stoppen. Dazu werden wir vor allem für niedrigere Energiepreise sorgen, indem wir das Angebot ausweiten, die CO₂-Abgabe ersatzlos streichen und Energiesteuern senken. Wir werden die Bürokratie drastisch abbauen, zum Beispiel, indem wir das Lieferkettengesetz abschaffen;
- die Staatsausgaben in den Bereichen Migration, Klima- und Entwicklungspolitik drastisch senken und stattdessen in die Infrastruktur investieren – die Schuldenbremse muss eingehalten werden;
- die Nord-Stream-Leitungen reparieren und wieder in Betrieb nehmen sowie alle funktionsfähigen Kernkraftwerke reaktivieren und langfristig neue bauen (Drs. 20/6189);
- die sogenannte Energiewende komplett beenden. Wir werden für Technologieoffenheit sorgen und Subventionen nicht-fossiler Technologien sowie Verbote fossiler Technologien abschaffen;
- die Verkehrswende beenden. Wir streben keine Umerziehung der Bevölkerung an und wollen die Freiheit der Wahl des Transportmittels nicht einschränken. Ein Verbrennungsmotorenverbot auf EU-Ebene werden wir rückgängig machen.



Mehr Freiheit, weniger Steuern für Bürger und Unternehmen

Wir werden

- Bürger und Unternehmen entlasten, indem wir die Strom- und die Energiesteuer auf ein Minimum senken sowie die Luftverkehr- und Grundsteuer, die CO₂-Abgabe und den Solidaritätszuschlag ersatzlos streichen;
- die Entfernungspauschale (Pendlerpauschale) ab dem ersten Kilometer auf 50 Cent erhöhen;
- Bargeld als Zahlungsmittel grundgesetzlich verankern – auch gegen den Willen der Europäischen Union (Drs. 19/14761);
- Verhandlungen zur Reduzierung unserer EU-Beiträge und zur Neugründung einer Europäischen Wirtschafts- und Interessengemeinschaft eröffnen;
- direkte Demokratie ermöglichen und die Bürger durch Volksabstimmungen entscheiden lassen.



Verheerende Migrationspolitik sofort beenden

Wir werden

- die Zuwanderung in unsere Sozialsysteme unterbinden, indem wir für Flüchtlinge und Migranten Sach- statt Geldleistungen einführen (Drs. 20/5225);
- illegale Zuwanderung durch effektiven Grenzschutz verhindern und alle illegalen oder straffällig gewordenen Migranten konsequent abschieben;
- ein Einbürgerungsrecht in deutschem Interesse etablieren. Einbürgerungen müssen an hohe Hürden gebunden sein (Drs. 20/4845).

Unseren Sozialstaat retten

Wir werden

- durch »Fordern und Fördern« alle Erwerbsfähigen in Beschäftigung bringen (aktivierende Grundversicherung statt Bürgergeld) und damit die Sozialkassen stärken;
- für höhere Nettolöhne sorgen, indem wir die Steuerlast senken;
- Sozialleistungsmissbrauch konsequent bekämpfen;
- Altersarmut durch faire Renten verhindern.

Deutschland wieder sicher machen

Wir werden

- die Personal- und Sachausstattung der Bundespolizei optimieren und ihre Befugnisse zur Bewältigung der Migrationskrise erweitern;
- Messer- und Clankriminalität effektiv bekämpfen: Nichtdeutsche sind in diesem Zusammenhang abzuschieben;
- Prioritäten bei der Inneren Sicherheit richtig setzen: Extremismus jeglicher Art, auch Islamismus und Linksextremismus, werden wir mit aller Härte bekämpfen.

Für deutsche Interessen in einer multipolaren Welt

Wir werden

- eine Außenpolitik durchsetzen, die in einer multipolaren Weltordnung deutsche Interessen vertritt und sich für den Frieden engagiert. Eine AfD-geführte Bundesregierung wird sich unter Einbeziehung der OSZE für einen Waffenstillstand in der Ukraine einsetzen, der Voraussetzung für eine langfristige Friedensperspektive ist (Drs. 20/5551).



Eine starke Bundeswehr als Garant einer souveränen Nation

Wir werden

- die Bundeswehr finanziell, materiell und personell so ausstatten, dass sie zum verfassungsgemäßen Auftrag der Landesverteidigung ertüchtigt wird – als starke Streitkraft eines souveränen Deutschlands in einem wehrhaften Europa.

Familien stärken – Erziehungsarbeit belohnen

Wir werden

- ein Betreuungsgeld für Eltern bzw. Großeltern einführen, um echte Wahlfreiheit herzustellen und die Erziehungsarbeit zu honorieren (Drs. 20/7199);
- ein Familiensplitting einführen, das die Kinderzahl bei der Einkommensteuer berücksichtigt und kinderreiche Familien erheblich entlastet (Drs. 20/4672);
- ein zinsfreies Darlehen für Eltern nach der Geburt ihrer Kinder einführen;
- den Einfluss der Gender-Ideologie zurückdrängen und Geschlechtsumwandlungen für Minderjährige verbieten (Drs. 20/4213).

Gesundheitliche Eigenverantwortung stärken

Wir werden

- die körperliche Unversehrtheit garantieren und lehnen deshalb Pflichtimpfungen ab;
- alle Impfpflichter angemessen entschädigen und versorgen;
- die Forschung zu Impfschäden fördern und dazu auch die Pharmaindustrie in die Pflicht nehmen;
- alle Corona-Maßnahmen evaluieren und das geschehene Unrecht juristisch aufarbeiten.

Bildung ist Zukunft für Deutschland

Wir werden

- Bildung, Wissenschaft und Forschung von Ideologie befreien, Zensur und Cancel-Culture stoppen und die Erforschung moderner Kernenergie-, Verbrenner- und Kraftstofftechnologien fördern;
- die duale Ausbildung stärken, indem die Meisterausbildung kostenfrei wird (Drs. 20/5225). Wir wollen Berufsschulen erhalten und ausbauen, um Fachkräfte für Wirtschaft, Handwerk und Handel zu gewinnen;
- Bildungsstand und Bildungsfähigkeit zu einem entscheidenden Kriterium der Einwanderungspolitik machen;
- die Gender-Sprache an allen Ministerien, Behörden und Institutionen verbieten und Deutsch als Landes- und Bildungssprache im Grundgesetz festschreiben (Drs. 20/7348).

Längst überfällige Aufklärung

Am 11. und 12. November 2023 fand im Deutschen Bundestag das zweite Corona-Symposium der AfD-Fraktion statt

Die Corona-Krise der vergangenen Jahre ist endlich da, wo sie hingehört – im Deutschen Bundestag. Am 11. und 12. November 2023 hatte die AfD-Fraktion auf Initiative des Arbeitskreises Gesundheit zu ihrem zweiten Corona-Symposium geladen: Zwei Tage lang beschäftigten sich rund 300 Gäste, Experten und Bundestagsabgeordnete der AfD mit der Aufarbeitung der Corona-Krise und nahmen im großen, zweistöckigen Konferenzsaal des Marie-Elisabeth-Lüders-Hauses gegenüber vom Reichstag deren Nachwirkungen in den Blick.

Unter den zahlreichen namhaften Experten und Kritikern der Corona-Maßnahmen befanden sich unter anderem der Mikrobiologe Prof. Dr. Sucharit Bhakdi, der Allgemeinmediziner Dr. Gunter Frank, der Finanzwissenschaftler Stefan Homburg und der Datenanalyst Tom Lausen. Neben medizinischen Aspekten, den Wirkungen und Gefahren der Maskenpflicht und der mRNA-Impfung sowie den wirtschaftlichen Auswirkungen der Corona-Maßnahmen wurden auch die zahlreichen Hausdurchsuchungen und die strafrechtliche Verfolgung von Maßnahmen-Kritikern beleuchtet. Dabei kamen

nicht nur Fachleute, sondern auch Betroffene zu Wort, die durch die Impfung geschädigt wurden, einen Angehörigen verloren haben oder in die Mühlen der Justiz geraten sind. Wie ein roter Faden zog sich dabei eine Frage durch die gesamte Veranstaltung: Wie kann künftig in ähnlichen Situationen wie der Corona-Krise verhindert werden, dass der Staat derart massiv in die Grundrechte seiner Bürger eingreift – bis hin zur Aufhebung der körperlichen Unversehrtheit?

Wie eine umfassende parlamentarische Aufklärung aussehen kann, machte der Brandenburgische AfD-Landtagsabgeordnete Lars Hünich deutlich: Er



Allgemeinmediziner Dr. Gunter Frank



Mikrobiologe Prof. Dr. Sucharit Bhakdi

berichtete im Rahmen der Veranstaltung von seiner Arbeit im Corona-Untersuchungsausschuss des Potsdamer Landtags, dem einzigen Parlament, das bislang eine Aufarbeitung der Corona-Zeit in Angriff genommen hat – auf Antrag der AfD.

Das zweite Corona-Symposium war ein wichtiger Meilenstein in der dringend notwendigen politischen Aufarbeitung der Corona-Zeit. Es hat sich gezeigt, dass diesbezüglich noch viel Aufklärungs-



Gruppenbild der Referenten und AfD-Abgeordneten zum Abschluss des Symposiums

bedarf besteht und die von der AfD-Fraktion geforderte Einsetzung eines parlamentarischen Untersuchungsausschusses auf Bundesebene von essenzieller Bedeutung ist. Dementsprechend steht diese Forderung auch am Anfang eines Zehn-Punkte-Programms, das die Mitglieder des Arbeitskreises Gesundheit der AfD-Bundestagsfraktion am Ende des Symposiums vorgestellt haben.

Zehn-Punkte-Programm

1. Einsetzung eines parlamentarischen Untersuchungsausschusses beziehungsweise einer Enquete-Kommission im Deutschen Bundestag
2. Rolle der Weltgesundheitsorganisation (WHO) hinterfragen, Gesundheitspolitik muss in nationaler Verantwortung bleiben
3. Entwicklung, Zulassung und Kontrolle der COVID19-Impfstoffe wissenschaftlich und rechtlich überprüfen
4. Gelder für Forschung und Entschädigung der von Impfnebenwirkungen Betroffenen bereitstellen
5. Aufklärung möglicher Versäumnisse bei der Überwachung der Nebenwirkungen der COVID19-Impfstoffe
6. Aufklärung der Ursachen der Übersterblichkeit in den Jahren 2021 bis 2023
7. Gesundheitliche und wirtschaftliche Kollateralschäden in der Bevölkerung infolge der Regierungsmaßnahmen aufarbeiten (Lockdown, Maskenpflicht)
8. Wiederherstellung der Unabhängigkeit von Wissenschaft und Forschung
9. Amnestie für Bußgelder und Strafen aus der Corona-Zeit
10. Notwendige Reformen zur Schaffung eines starken, belastbaren und menschlichen Gesundheitswesens in Deutschland angehen



Datenanalyst Tom Lausen



Zum Video:

Höhepunkte des 2. Corona-Symposiums der AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag

<https://www.youtube.com/watch?v=Qoo-YeYc57D8dmlkZW9pZD03NTU2MTY2&mod=mediathek>

Wider die importierte Gewalt



Die Zunahme gewalttätiger Übergriffe im öffentlichen Raum zeigt, dass eine Wende in der Migrationspolitik zwingend notwendig ist

Gewalttätige Übergriffe und Massenschlägereien sind in deutschen Freibädern inzwischen an der Tagesordnung: »Geschlossen! Freibäder kapitulieren vor der Gewalt«, »Polizei räumt Freibad in Berlin«, »Immer mehr Massenschlägereien: Deutschland, deine Schlimmbäder« – so lauteten in diesem Sommer die Schlagzeilen deutscher Zeitungen. Dabei wird konstatiert, dass die Hemmschwelle zur Gewaltanwendung immer weiter sinkt und bereits nichtige Anlässe als Auslöser für Massenschlägereien ausreichen. In den Freibädern führt dies dazu, dass selbst die eingreifenden Bademeister und das Sicherheitspersonal körperlich angegriffen werden. Hinzu kommen sexuelle Belästigungen von Mädchen und Frauen, die sich infolgedessen nicht mehr sicher und ungezwungen im Freibad bewegen können.

Die Folge dieser unhaltbaren Zustände: In den betroffenen Freibädern meldet sich das Personal reihenweise krank, Bäder müssen zeitweise geschlossen werden. Viele Menschen, insbesondere Frauen, meiden angesichts der Situation aus Prinzip – aus Angst vor möglichen Übergriffen – einen Besuch im Freibad.

Gewaltausbrüche gehören in Deutschland aber nicht nur in Freibädern zur Realität, sondern mittlerweile auch auf den Straßen deutscher Großstädte: Im Juni 2023 hielten Massenschlägereien zwischen Libanesen und Syrern die Polizei im Ruhrgebiet tagelang in Atem. Ebenfalls im Juni lieferten sich in Castrop-Rauxel und Essen Männer aus dem türkisch-libanesischen und syrischen Clanmilieu – bewaffnet mit Baseballschlägern, Messern, Mache-



Polizeieinsatz vor dem Berliner Columbiabad: Gewaltausbrüche gehören in vielen deutschen Freibädern mittlerweile zum Alltag

ten und Schlagstöcken – blutige Straßenschlachten. Bei einer anschließenden Durchsuchung fanden die Polizeibeamten darüber hinaus in mehreren Fahrzeugen etliche schwere Waffen, darunter auch eine Maschinenpistole.

Bei all diesen Ausschreitungen handelt es sich mitnichten um »altbekannte« Probleme, wie vor allem von der politischen Linken oft beschönigt wird. Diese Probleme sind in Deutschland erst in den vergangenen Jahren verstärkt aufgetreten. Sie sind eine direkte Folge der ungesteuerten Masseneinwanderung seit 2015, vor allem aus Nordafrika und dem Nahen Osten.

Viele Clanmitglieder sind Einwanderer und beziehen Sozialleistungen

Erschreckend beim Kampf der Clanfamilien – deren Anführer größtenteils in den achtziger Jahren als Asylbewerber nach Deutschland kamen – um die eigene Vormachtstellung ist, dass sie es vermögen, binnen kürzester Zeit hunderte gewaltberei-

te Männer auf die Straße zu bringen. Nach Schätzungen des Bundeskriminalamts (BKA) gehören in Deutschland rund 200.000 Personen einer Clanfamilie an. Von diesem Personenkreis wird zwar nur ein Teil kriminell; da die meisten Angehörigen allerdings offiziell als arbeitslos gelten und Sozialleistungen beziehen, birgt er ein sehr hohes Rekrutierungspotenzial.

Ein Blick nach Frankreich zeigt beispielhaft, welche folgenreichen Auswirkungen eine verfehlte Einwanderungspolitik auf die innere Sicherheit haben kann. Nach dem tödlichen Schuss eines Polizisten auf einen 17-jährigen Nordafrikaner bei einer Führerscheinkontrolle im Sommer 2023 eskalierte die Gewalt, als ein Mob – überwiegend bestehend aus Männern nordafrikanischer Herkunft – tagelang im ganzen Land randalierte, tausende Autos und hunderte Gebäude in Brand setzte, Geschäfte plünderte und Polizisten sowie Rettungskräfte attackierte. Über eine Woche befand sich Frankreich praktisch im Ausnahmezustand, die Bilder der unfassbaren Gewalt gingen um die ganze Welt.



Bundespolicist an der deutschen Grenze: Die ungesteuerte Masseneinwanderung aus Nordafrika und dem Nahen Osten hat Auswirkungen auf die innere Sicherheit



Zum Video:

Unruhen in Frankreich - Parallelgesellschaften in Deutschland

<https://www.bundestag.de/mediathek?video-id=7556166#url=L2l1ZGhhdGhla292ZXJsYXk/dmlkZW9pZD03NTU2MTY2&mod=mediathek>



Zum Video:

Abgeordnete verurteilen Gewaltexzesse in Frankreich

<https://www.bundestag.de/dokumente/textarchiv/2023/kw27-de-aktuelle-stunde-frankreich-956780>

Auf Verlangen der AfD-Fraktion debattierten auch die Abgeordneten des Deutschen Bundestages in einer Aktuellen Stunde mit dem Titel »Gewalttätige Unruhen in Frankreich – Parallelgesellschaften in Deutschland verhindern« über die Ursachen der Eskalation und die Möglichkeit ähnlicher Zustände in Deutschland. Der innenpolitische Sprecher der AfD-Fraktion, Dr. Gottfried Curio, sprach in diesem Zusammenhang von einer »Tyrannei von gewalttätigen Minderheiten«, verursacht durch »maximal unintegrierte arabische Zuwanderer aus dem Maghreb«. Dies sei, so Curio, ein »Blick in die Zukunft in Deutschland«. Der Bundesregierung warf er vor, die Zuwanderung zu forcieren und damit einen Kontrollverlust wie in Frankreich zu riskieren. In einem von der AfD-Fraktion in den Deutschen Bundestag eingebrachten Antrag forderte Curio die Ausweisung von illegalen und nicht integrierbaren Zuwanderern sowie eine Verringerung der Anreize zur Migration nach Deutschland.

Der Stellvertretende innenpolitische Sprecher der AfD-Fraktion, Martin Hess, wies seinerseits darauf hin, dass die verheerende Migrationspolitik der Bundesregierung für ein hohes Maß an Sicherheitsverlust in Deutschland verantwortlich sei. Die stark gestiegene Anzahl von Sexual- und Gewaltdelikten, die hohe islamistische Terrorgefahr, die Massenschlägereien in unseren Freibädern und auf unseren Straßen, die explodierende Clan- und Messerkriminalität könne man nicht länger als Einzelfälle verharmlosen. Zum Schutz unserer Bürger und für den Zusammenhalt in unserer Gesellschaft müsse sofort eine Wende in der Migrationspolitik eingeleitet werden.

Für diese Wende hin zu einer restriktiven Migrationspolitik, die allein am Wohl unseres Landes und seiner Bürger orientiert ist, für die Wiederherstellung der inneren Sicherheit und eine entschlossene Bekämpfung der migrationsbedingten Kriminalität setzt sich die AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag mit aller Kraft ein und hat hierzu bereits zahlreiche parlamentarische Initiativen eingebracht.



Elf-Punkte-Plan zum Schutz der Grenzen und vor unregulierter Massenmigration sofort umsetzen – Frühzeitige Unterrichtung des Parlaments bei kritischen Massenmigrationssituationen sicherstellen

Drucksache 20/6485

<https://dserver.bundestag.de/btd/20/064/2006485.pdf>



Befugnisse der Bundespolizei bei Abschiebungen zur Bewältigung der Massenmigration stärken und Fahndungskorridor erweitern

Drucksache 20/8156

<https://dserver.bundestag.de/btd/20/081/2008156.pdf>



Die Zeitenwende in der Migrationspolitik mit einer Rückführungsoffensive 2023 einleiten

Drucksache 20/6184

<https://dserver.bundestag.de/btd/20/061/2006184.pdf>



Clankriminalität wirkungsvoll bekämpfen – Maßnahmenkatalog zum Schutz der deutschen Gesellschaft jetzt umsetzen

Drucksache 20/7576

<https://dserver.bundestag.de/btd/20/075/2007576.pdf>

Schwerwiegende Folgen für die Natur

Die AfD-Fraktion fordert angesichts der negativen Auswirkungen auf Vögel und Insekten ein Ende der Energiewende



Wildgänse im Anflug auf Windkraftanlagen: Umwelt- und Naturschützer legen alarmierende Zahlen zur Gefährdung von Brutvögeln vor

Kollisionsgefährdung von Vögeln durch deutsche Windkraftanlagen minimieren – Vogelfreundliche Konzepte erforschen und umsetzen

Drucksache 20/2361

<https://dserver.bundestag.de/btd/20/023/2002361.pdf>



Bildquelle: stock.adobe.com / jilanol



Großflächige Photovoltaikanlage: Solar- und Windkraftanlagen versiegeln im Gegensatz zu herkömmlichen Kraftwerken wesentlich mehr Boden

Die Ampelkoalition – und hier allen voran die Grünenfraktion als Haupttreiber – wendet sich mit ihrer sogenannten Energiewende und den hierfür getroffenen Maßnahmen, wie der großflächigen Verlagerung der Stromproduktion auf Wind- und Solarkraft, zusehends von den Grundprinzipien des Natur- und Umweltschutzes ab.

Die Auswirkungen der Energiewende auf die Umwelt, insbesondere durch die in Industriestromgroßanlagen eingesetzten Windräder, sind enorm. Die energiepolitischen Pläne der Bundesregierung sehen einen tiefen Eingriff in unsere Natur und Landschaft vor; so sollen zwei Prozent der Grundfläche Deutschlands allein für den Windstrom zur Verfügung gestellt werden. Noch mehr Fläche benötigen die Solaranlagen. Dazu kommen weitere Bodenversiegelungen durch gewaltige neue Umspannwerke und gigantische Starkstromtrassen. All diese Maßnahmen haben zudem den großen Nachteil, dass sie regional zu Grundwasserabsenkungen führen.

Die Liste der negativen Folgen der Energiewende lässt sich beliebig ergänzen: Aufgrund der durch die von Windradrotoren verursachten Wirbelschleppen treten beispielsweise am Boden höhere Windgeschwindigkeiten auf, wodurch dieser austrocknet. In neuen Gesetzen zur Beschleunigung des Windkraftausbaus werden die Abstände zu den umliegenden Siedlungen weiter verringert. Lärm, nächtliches Blinklicht und die durch den Infraschall von Windenergieanlagen ausgelösten physiologischen Effekte belasten all jene, die in der näheren Umgebung dieser Anlagen leben.

Immanente Gefahr für Flugtiere

Besonders schädlich wirken sich diese immer größer werdenden Energiegewinnungsanlagen auf In-

sekten, Vögel und Fledermäuse aus. Laut Veröffentlichungen der Bundesanstalt für Luft- und Raumfahrt sterben bereits heute an einem Sommertag rund 5,4 Milliarden Insekten durch Windradrotoren. Des Weiteren geht der Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland von zusätzlich 100.000 getöteten Vögeln pro Jahr aus, darunter auch seltene Brutvogelarten. Andere Quellen zählen gar bis zu 150.000 tote Exemplare.

Trotz dieser alarmierenden Zahlen hat eine kürzlich verabschiedete Novelle des Bundesnaturschutzgesetzes lediglich 15 kollisionsgefährdete Vogelarten als schützenswert eingestuft, obschon die tatsächliche Anzahl gefährdeter Vogelarten weit aus höher ist. Die zu ihrem Schutz vorgesehenen Regelungen, wie die automatische Abschaltung von Anlagen bei Objekterkennung, sind zudem kaum umsetzbar; die Wirksamkeit dieser Regelungen konnte bis dato nicht nachgewiesen werden. Der Schutz von ortsbundenen und wandernden Fledermausarten kommt indes in der Novelle gar nicht mehr vor, wenngleich in Deutschland jährlich etwa 250.000 Fledermäuse durch Windkraftanlagen sterben – beispielsweise infolge eines Kollaps der inneren Organe, hervorgerufen durch den Unterdruckbereich der Wirbelströme hinter den Rotoren.

Vor diesem Hintergrund beschloss die AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag einen Antrag auf ein Moratorium beim Ausbau der Windkraft (Drucksache 20/2361). Die Fraktion der Alternative für Deutschland fordert ein Ende der Energiewende und steht für Technologieoffenheit ein, damit unsere Kinder auch in Zukunft in einer gesunden Umwelt aufwachsen können.

Wohlstand statt Armut für alle



Angesichts der von der Ampel verschuldeten Insolvenz- und Pleitewelle zeigt die AfD-Fraktion einen möglichen Ausweg auf

Was haben die namhaften Automobilzulieferer Dr. Schneider und Kohl Automotive, der Baumaschinenhersteller FAM sowie die Schuhmarken Salamander und Goerz gemein? Sie alle wurden von der derzeit in Deutschland wütenden Insolvenz- und Pleitewelle erfasst. Immer mehr bekannte und den deutschen Bürgern vertraute Marken verschwinden zusehends von der Bildfläche. Selbst das Traditionsunternehmen Weck – Erfinder des berühmten Einweckglases, das zwei Weltkriege und eine Weltwirtschaftskrise überstanden hat – warf kürzlich nach nicht einmal zwei Jahren Ampelregierung das Handtuch.

Die Zahl der Unternehmen, die ihre Geschäftstätigkeit aufgeben bzw. sie infolge der ungünstigen Wettbewerbsbedingungen ins Ausland verlagern,

nimmt stetig zu; die Deindustrialisierung schreitet somit weiter voran. Auch das Kapital wandert immer stärker ab: Während andere Länder wie Spanien, Italien, Frankreich und selbst Russland Wachstum aufweisen, rutscht Deutschland von der Stagnation in die Rezession. Wieder einmal wird Deutschland zum »kranken Mann Europas« – und droht mittlerweile zum Intensivpatienten zu werden. Nahezu alle Wirtschaftsbarometer schlagen Alarm: Die Konjunktur ist am Boden, die Inflation hoch, die Arbeitslosenzahlen steigen, die Wirtschaftsleistung schrumpft. Das Einzige, was wächst, ist die Staatsverschuldung.

Angesichts all dieser Warnzeichen wird es höchste Zeit, eine Kehrtwende einzuleiten und sämtliche verfügbaren Hebel auf Wachstum zu stellen. Doch

die Ampelregierung hält weiterhin unbeirrt an ihrem desaströsen Kurs fest. Die selbst verursachten Missstände werden von Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) und Wirtschaftsminister Robert Habeck (Bündnis 90/Die Grünen) einfach negiert, um die fehlgeleitete und ideologisch motivierte Politik der »Transformation« – großteils gegen den Willen der Bevölkerung – fortsetzen zu können.

Angesprochen auf die wachsende Anzahl von Firmen, die ins Ausland abwandern, erklärte Olaf Scholz in einem ZDF-Interview: »In jedem Volkswirtschaftskurs lernen die Studentinnen und Studenten, dass der Erfolg einer Volkswirtschaft darin gesehen werden kann, dass ihre Unternehmen auch im Ausland investieren. Nun muss ich ab und zu hören und lesen, dass das schlecht sei. Das ist gut.« Diese Aussage ist höchst verwunderlich, denn genau das Gegenteil ist der Fall: Die grüne Wirtschaftspolitik mit ständig steigenden Steuern und Abgaben, mit immer mehr Bürokratie und vor allem immer höheren Energiepreisen schreckt Investoren ab, treibt die Unternehmen aus dem Land und sorgt auf diese Weise für eine Zerstörung der Schlüsselindustrien.

Hohe Energiepreise schrecken Investoren ab

Wir als AfD-Fraktion fordern seit geraumer Zeit ein umfassendes »Fitnessprogramm für den Standort Deutschland« (Drucksache 20/2589) – einen »Vierfach-Wumms« aus günstiger Energie, niedrigeren Steuern und Abgaben, einem radikalen Bürokratieabbau sowie Investitionen in Infrastruktur, Digitalisierung, Bildung und Forschung. Wir wollen ausreichend und bezahlbare Energie für alle Bürger und Unternehmen, nicht nur für ausgewählte Industriebetriebe.

Zur Stärkung des Wirtschaftsstandorts Deutschland sieht die AfD-Bundestagsfraktion daher folgende Maßnahmen vor: Wir wollen einerseits das Energieangebot, insbesondere durch den Wiedereinstieg in die Kernkraft, ausweiten und andererseits die Strom- und Energiesteuer auf das EU-Minimum beschränken. Während die Ampelregierung die CO₂-Abgabe erneut erhöhen und damit die Inflation weiter anfachen will, sagen wir: Die CO₂-Abgabe gehört gestrichen – und zwar dauerhaft und ersatzlos. Die von den Koalitionsparteien geplante Erhöhung der Mehrwertsteuer auf Gas zum Jahreswechsel lehnen wir ab. Günstige und verlässliche Energie ist der Treibstoff für unseren Wirtschaftsmotor; das entlastet Bürger und Unternehmen, senkt die Inflation und kurbelt die Wirtschaft an.

Neben der extrem unsicheren und teuren Energieversorgung stellt die ausufernde Bürokratie eines der größten Hindernisse für die heimische Wirtschaft und potentielle ausländische Investoren dar. Bürokratiemonster wie das Lieferkettengesetz oder der »Heizungshammer« belasten vor allem Mittelstand und Handwerk und ersticken dadurch jeglichen Innovationsgeist. Wir sagen: Das muss sich ändern!

Die Bürokratie belastet Mittelstand und Handwerk

Der Arbeitskreis Wirtschaft der AfD-Fraktion hat deshalb einen Plan für einen radikalen Bürokratieabbau erarbeitet. Mit diesem Plan wollen wir ideologische und zeitaufwendige Aufbewahrungs- und Berichtspflichten stark verkürzen, Antrags- und Genehmigungsverfahren massiv beschleunigen sowie die vollständige Digitalisierung von Verwaltungsleistungen für Unternehmen und Bürger vorantreiben. Wir wollen den Unternehmen in Deutschland ihren Freiraum zurückgeben – unsere Betriebe brauchen nicht noch mehr staatliche Gängelung, sondern endlich wieder Luft zum Atmen.

Die Deindustrialisierung Deutschlands zu stoppen und unser Land aus der Rezession zu holen, hat für die AfD-Fraktion oberste Priorität. Statt grüner Planspiele, Milliardensubventionen für ideologische Klimapläne und einer »Trostpflasterpolitik« wollen wir die deutsche Wirtschaft aus der Krise führen und sie fit für die Zukunft machen. Das Erfolgsmodell der Sozialen Marktwirtschaft hat es bewiesen: Eine florierende Wirtschaft mit einer starken Industrie und einem soliden Mittelstand ist der Wohlstandsgarant für unsere Bürger. Und genau das ist unser Ziel – Wohlstand statt Armut für alle.

Deindustrialisierung stoppen – Unternehmen und Bürger mit Bürokratieabbau entlasten

Drucksache 20/8875

<https://dserver.bundestag.de/btd/20/088/2008875.pdf>



Raus aus der Stagflationsfalle – Wirtschaftliches Fitnessprogramm für Deutschland

Drucksache 20/2589

<https://dserver.bundestag.de/btd/20/025/2002589.pdf>





Für eine mitteleuropäische Zukunft

Die AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag will die Partnerschaft zwischen Deutschland und den Staaten der Visegrád-Gruppe intensivieren

Deutschland hat mit Polen, Ungarn, Tschechien und der Slowakei, den Staaten der Visegrád-Gruppe, eine lange gemeinsame Geschichte. In dem Antrag an den Deutschen Bundestag »Partnerschaft mit den Visegrád-Staaten ausbauen – Abendländische Werte verteidigen, Europa neu denken, Wirtschaftskooperation vertiefen« plädiert die AfD-Bundestagsfraktion nachdrücklich für den Ausbau der Zusammenarbeit mit diesen Ländern. Es gelte, so im Antrag, die Kooperation auf allen Gebieten gemeinsamen Handelns zu stärken und zu erweitern.

Die Visegrád-Staaten stehen für ein Europa der Freiheit, der Verteidigung der abendländischen Werte, der Prosperität und nationalen Souveränität. Mit ihnen verbinden uns jahrhundertealte kulturelle Beziehungen, die sich zum Teil auch in der gemeinsamen Staatlichkeit des Heiligen Römischen Reiches widerspiegeln. Die deutsche Einheit wäre ohne die politischen Freiheitsbewegungen in den Visegrád-Staaten nicht möglich gewesen: Die Bürger dieser Länder haben mit ihrem mutigen Kampf

gegen den sowjetischen Totalitarismus den Weg zur Einheit Deutschlands und Europas geebnet. Polen, Ungarn, die Slowakei und Tschechien haben die Transformation von der kommunistischen Planwirtschaft und dem totalitären politischen System zu funktionierenden Demokratien mit Meinungsfreiheit und Marktwirtschaft erfolgreich vollendet.

Sie stehen für ein Europa der Vaterländer

Die Staaten der Visegrád-Gruppe sind heute für den deutschen Außenhandel wichtiger als China oder Frankreich: 2020 betrug der Warenaustausch mit diesen Ländern 286 Milliarden Euro (China: 212 Milliarden Euro). Tschechien ist pro Kopf der Bevölkerung der zweitgrößte Autohersteller der Erde und, ebenso wie die Slowakei, für die deutsche Autoindustrie von überragender Bedeutung. Für die deutsche Rüstungsindustrie ist Ungarn ein sehr wichtiger Partner. Mit hohen Wachstumsraten und einer Gesamtbevölkerungszahl, die fast an die französische herankommt (65 Millionen versus 67 Millionen), sind die Visegrád-Staaten ein Zukunftsmarkt,

Partnerschaft mit den Visegrád-Staaten ausbauen – Abendländische Werte verteidigen, Europa neu denken, Wirtschaftskooperation vertiefen

Drucksache 20/8355

<https://dserver.bundestag.de/btd/20/083/2008355.pdf>



Visegrád-Staaten

von dessen Wachstumschancen die deutsche Wirtschaft in hohem Maße profitiert – und auch künftig profitieren wird.

Uns verbinden jedoch nicht nur enge Wirtschafts- und Handelsbeziehungen. Polen, Ungarn, Tschechien und die Slowakei stehen auch für ein Europa der Vaterländer, so wie es Bundeskanzler Konrad Adenauer und Frankreichs Präsident Charles de Gaulle vertraten. Sie kämpfen ebenso wie die AfD-Bundestagsfraktion gegen Gender-Mainstreaming, die Zerstörung der traditionellen Familie und eine »woke« Anti-Kultur. Sie stehen für Souveränität und Lebensschutz, einen wehrhaften Nationalstaat und den Erhalt der eigenen Identität. Nicht zuletzt wehren sie sich gegen EU-Migranten-Quoten, die eine schleichende Islamisierung bedeuten.

Es gibt also viele gute Gründe miteinander zu kooperieren. Die AfD-Bundestagsfraktion schlägt eine ganze Reihe von Maßnahmen vor, mit denen die Zusammenarbeit zwischen Deutschland und

den Visegrád-Staaten erheblich ausgeweitet werden soll: Nicht nur wirtschaftspolitisch – beispielsweise beim Aufbau einer eigenen europäischen Halbleiterindustrie, der Etablierung eines europäischen 6G-Netzes, bei der Digitalisierung, bei der Erforschung ziviler Nukleartechnologie der nächsten Generation, bei der Künstlichen Intelligenz oder dem Autonomen Fahren –, sondern auch kulturell – zum Beispiel bei der Errichtung eines durch die Bundesregierung geförderten Jugendwerks mit einem fest verankerten Jugendaustausch sowie bei der Gründung einer gemeinsamen Denkfabrik, die Konzepte für ein Europa der Vaterländer erarbeitet.

In unserem Antrag fordern wir die Bundesregierung auch dazu auf, ebenso wie Polen und Ungarn für eine christliche Kultur des Lebens einzutreten und sich gegen die weltweite Christenverfolgung zu engagieren.

Gemeinsame Werte und gemeinsames Handeln sind die Voraussetzung für eine erfolgreiche Zukunft Mitteleuropas in einer multipolaren Welt.

Neustart statt permanente Notlage

Dem Ampelchaos in der Haushaltspolitik setzt die AfD-Fraktion die Rückkehr zu einer verfassungskonformen Finanzpolitik entgegen

Das am 15. November 2023 ergangene Urteil des Bundesverfassungsgerichts zum zweiten Nachtragshaushalt 2021 lässt die Ampelkoalition inmitten der laufenden Legislaturperiode auf halber Strecke in einem selbstverschuldeten Desaster versinken. Mit ihrer Entscheidung, die willkürliche Übertragung ungenutzter Kreditermächtigungen für Corona-Maßnahmen auf den »Klima- und Transformationsfonds« für nichtig zu erklären, haben die Karlsruher Richter nicht nur den ersten Etatentwurf der Koalition verworfen, sondern faktisch auch festgestellt, dass die bisherige Haushaltsführung der rot-grün-gelben Regierung in wesentlichen Teilen rechtswidrig ist.

Das Ergebnis der fortgesetzten Rechtsbrüche und Fehlentscheidungen ist eine Haushaltskrise, die längst zu einer veritablen Regierungskrise geworden ist. Denn die Koalition von Bundeskanzler Olaf Scholz, Vizekanzler Robert Habeck und Bundesfinanzminister Christian Lindner ist allem Anschein nach nicht willens und auch nicht in der Lage, aus der unmissverständlichen Ansage des höchsten Gerichts die notwendigen Konsequenzen zu ziehen und den Bundeshaushalt für die Jahre 2023 und 2024 auf eine rechtskonforme Grundlage zu stellen.

Die Unfähigkeit der Ampelregierung, eine seriöse und verfassungsgemäße Haushaltsführung aufzustellen, zeigt sich an den »Taschenspielertricks«, mit denen die Koalition sich aus der Affäre zu ziehen versucht: Noch vor Jahresende peitscht sie einen Nachtragshaushalt für 2023 durch den Bundestag, der nur wenige marginale Einsparungen vorsieht und im Grunde das Ziel verfolgt, die Schuldenorgie fortzusetzen und nachträglich für legal zu erklären.

Die Vorgaben aus Karlsruhe sind eindeutig

An den Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts gibt es nichts zu deuteln. Sämtliche Schulden, die über sogenannte »Sondervermögen« aufgenom-

men wurden oder in anderen Schattenhaushalten versteckt sind, müssen vollständig auf die im Grundgesetz festgeschriebene Schuldenbremse angerechnet werden, die die Obergrenze für die Nettoneuverschuldung im Bundeshaushalt auf 0,35 Prozent der jährlichen Wirtschaftsleistung beschränkt.

Auch hier greift der Bundesfinanzminister wieder zu einem Taschenspielertrick: Vom Deutschen Bundestag verlangt er, die »unkontrollierbare Not-situation«, die er vor einem halben Jahr noch selbst für beendet erklärt hatte, erneut festzustellen; denn nur eine solche »Notlage« erlaubt Ausnahmen von der verfassungsmäßigen Schuldenobergrenze. Als Begründung hierfür sollen zum einen der im Februar 2022 ausgebrochene Ukraine-Krieg und zum anderen die Ahrtal-Flut von 2021 herhalten. Dieses Täuschungsmanöver ist geradezu zynisch, wenn man bedenkt, dass viele Menschen fast zweieinhalb Jahre nach der Flutkatastrophe immer noch verzweifelt auf die versprochenen Hilfen warten, während die Steuermilliarden – vom Klimaprojekt in Indien bis hin zu den Waffenlieferungen in die Ukraine – weiterhin in alle Welt verteilt werden.

Die willkürliche Instrumentalisierung der »Notlage«-Klausel stellt offenkundig einen verfassungswidrigen Missbrauch dar – ebenso wie die Verletzung der Schuldenbremse durch den von der Koalition eilig zusammengezimmerten Nachtragshaushalt, mit dem über die gesetzlich festgelegte Obergrenze hinaus 60 Milliarden Euro an neuen Schulden aufgenommen und weitere 14,3 Milliarden Euro an verdeckten Schulden aus nicht mit eingerechneten »Sondervermögen« an der Verfassung vorbeigeschmuggelt werden sollen.

Fakt ist: Weder für 2023 noch für 2024 lässt sich eine »Naturkatastrophe oder eine außergewöhnliche Notsituation, die sich der Kontrolle des Staates entzieht« im Sinne von Artikel 109 Grundgesetz feststellen, mit der sich eine Aussetzung der Schul-

denbremse rechtfertigen ließe. Vielmehr plant die Koalition, auf diese Weise dem eben aufgefliegenen Verfassungsbruch durch einen weiteren Verfassungsbruch abzuwehren.

Dieses Vorgehen gäbe Anlass zur nächsten Normenkontrollklage, die die AfD-Bundestagsfraktion ohne zu zögern einreichen würde. Da ein Antrag auf Normenkontrollklage seitens der AfD-Fraktion der Unterstützung anderer Fraktionen bedürfte (eine Normenkontrollklage muss von mindestens 25 Prozent der Abgeordneten mitgetragen werden), kann die AfD-Fraktion in der laufenden Legislaturperiode das erforderliche Quorum nicht alleine erreichen – im Gegensatz zur Unionsfraktion. Diese zeigt sich jedoch bislang unwillig, die Koalition für ihr verfassungswidriges Haushaltsgebaren zur Rechenschaft zu ziehen.

SPD und Grüne halten an Prestigeprojekten fest

Für den Bundeshaushalt 2024 ist das kein gutes Vorzeichen. SPD und Grüne lehnen im Hinblick auf ihre Prestigeprojekte jedweden Kompromiss ab. Weder bei der Höhe und dem ausgedehnten Empfängerkreis des aufgeblähten »Bürgergelds«, dessen Kosten schon jetzt aus dem Ruder laufen, noch bei der ideologisch angetriebenen »Energiewende«, die Abermilliarden an Subventionen verschlingt und sowohl den Bürgern als auch der deutschen Volkswirtschaft immensen Schaden zufügt, ist die Bundesregierung zu Einschnitten bereit.

Stattdessen formulieren Vertreter der Regierungsparteien immer wieder neue Täuschungsmanöver und Begehrlichkeiten, um den dringend notwendigen Kurswechsel zu umgehen. Höhere Steuern und Abgaben sowie Kürzungen im sozialen Bereich sollen als Mittel zum Zweck dienen. Mittelstand und Mittelschicht, Eigentümer und Erben, Rentner und Autofahrer sollen ihren Kopf hinhalten, damit die grün-linke Koalition ihre Ideologienpolitik fortführen kann.

Ein anderer Schleichweg dürfte die als »Reform« deklarierte dauerhafte Aushebelung der in der Verfassung festgeschriebenen Schuldenbremse sein, die eine Aufnahme weiterer Staatsschulden ermöglichen soll. Dies wäre nicht nur ein Verstoß gegen

das Grundgesetz; es würde auch das Fundament der Staatsfinanzen und die Kreditwürdigkeit unseres Landes schwächen. Höhere Steuern und höhere Schulden sind der direkte Weg in ein Finanzchaos, einen fiskalischen Kollaps und bergen das Risiko eines Staatsbankrotts.

Um einen Weg aus der politisch verschuldeten Haushalts- und Regierungskrise zu finden, müssen zunächst die tatsächlichen Ursachen der Probleme klar benannt werden: Die Hauptgründe für die anhaltende Schiefelage im Bundeshaushalt sind die ideologiegetriebene Klimaschutz-, Energiewende- und Transformationspolitik, die Massenmigration in die Sozialsysteme und das Verschleudern von Steuergeld ins Ausland für unsinnige Subventionen und fragwürdige Geldgeschenke.

Seit vier Jahren wird unser Land im Ausnahmezustand regiert. Mit wechselnden Begründungen für ausgerufenen »Notlagen« wie den Corona-Maßnahmen, der Wirtschafts- und Energiekrise und dem Ukraine-Krieg haben die Merkel- und Scholz-Regierungen die Schuldenbremse und das Grundgesetz stets aufs Neue ausgehöhlt.

Dieser Missbrauch muss ein Ende haben. In einem Entschließungsantrag (Bundestagsdrucksache 20/9489) fordert die AfD-Bundestagsfraktion einen Neustart bei den Haushaltsberatungen auf verfassungskonformer Grundlage. Die zentralen Vorhaben der Ampel – die »Energiewende«, die »Transformation« zu einer »klimaneutralen« Wirtschaft und Gesellschaft und die ungezügelter Massenmigration – sind nicht bezahlbar. Deutschland kann in Zukunft nur mit einem grundlegenden Kurswechsel in diesen Bereichen seriös und verfassungskonform regiert werden. Dafür wird sich die AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag auch weiterhin konsequent einsetzen.



Entschließungsantrag zu der Abgabe einer Regierungserklärung durch den Bundeskanzler zur Haushaltslage

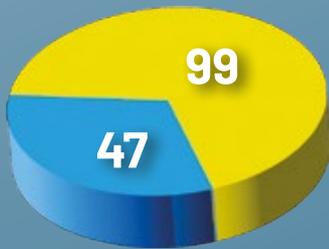
Drucksache 20/9489

<https://dserver.bundestag.de/btd/20/094/2009489.pdf>

Opposition in Zahlen

Statistik der parlamentarischen Initiativen der AfD-Fraktion seit Beginn der Legislaturperiode

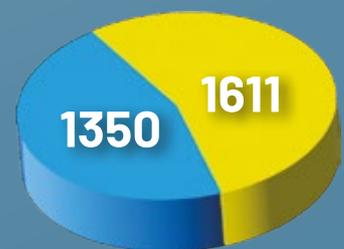
 AfD-Bundestagsfraktion  Rest



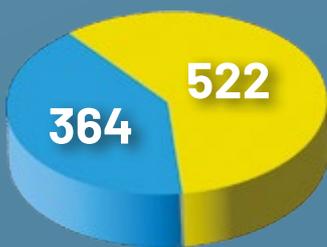
Gesetzentwürfe



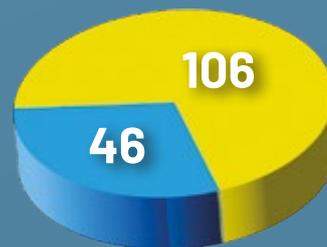
Große Anfragen



Kleine Anfragen



Selbstständige Anträge



Entschließungsanträge

Stand: 30. November 2023





IMPRESSUM

Herausgeber:

AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag
Dr. Götz Frömming MdB, Parlamentarischer Geschäftsführer

Kontakt:

AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag
Bürgerbüro
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Telefon: 030 227 57141
Telefax: 030 227 56349
E-Mail: buerger@afdbundestag.de

Herstellung und Redaktion:

Pressestelle und Mediengestaltung

Bildnachweis: AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag

Stand: Dezember 2023

Diese Veröffentlichung der AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag dient ausschließlich der Information. Sie darf nicht zum Zweck der Parteiwerbung und/oder als Wahlwerbung im Wahlkampf verwendet werden.

FOLGEN SIE UNS

-  [AfDBundestag.de](https://www.afdbundestag.de)
-  [fb.com/AfDimBundestag](https://www.facebook.com/AfDimBundestag)
-  [@AfDimBundestag](https://twitter.com/AfDimBundestag)
-  [youtube.com/
AfDFraktionimBundestag](https://www.youtube.com/AfDFraktionimBundestag)
-  [instagram.com/
afdimbundestag/](https://www.instagram.com/afdimbundestag/)
-  [tiktok.com/
@afdfraktionimbundestag](https://www.tiktok.com/@afdfraktionimbundestag)
-  Rundbrief-Abonnement:
<https://t1p.de/y CSG>

